

# Forschung: Schweiz setzt auf Briten

Scheitere das Rahmenabkommen mit der EU, leide die Schweizer Forschung, sagt der Bundesrat. Nun streckt er die Fühler nach Grossbritannien aus

René Donzé

Hundert Milliarden Euro. So viel will die EU in den Jahren 2021 bis 2027 in die Forschung investieren, mindestens. Das Programm nennt sich Horizon Europe und ist das Nachfolgeprogramm zu Horizon 2020. Von diesem Kuchen könnte sich die Schweiz ein grosses Stück abschneiden, wenn sie von der EU an den Tisch gelassen wird, das heisst, wenn sie assoziiert wird.

Doch das ist alles andere als sicher. Vieles hängt davon ab, ob die Schweiz das umstrittene Rahmenabkommen mit der EU unterzeichnet. «Ohne Abkommen ist es sehr wahrscheinlich, dass wir aus Horizon Europe ausgeschlossen sind», sagt Matthias Egger, Forschungsratspräsident des Schweizerischen Nationalfonds. «Aus Sicht von Bildung und Forschung gibt es wohl keine Alternative zum Rahmenabkommen», sagt ETH-Rats-Präsident Fritz Schiesser.

Es sind gewichtige Stimmen, die sich für eine Einigung mit der EU starkmachen. Das kommt nicht von ungefähr: Am Freitag haben Aussenminister Ignazio Cassis und Bildungsminister Guy Parmelin die Spitzen aus Wissenschaft und Forschung zu einem Hearing eingeladen. Wie verschiedene Teilnehmer anschliessend

sagen, betonten die Bundesräte, wie stark die Forschungszusammenarbeit mit der EU von einem Ja zum Abkommen abhängt. «Die Wissenschaft muss mit einer kompakten Stimme sprechen und sich vorbehaltlos für das Rahmenabkommen einsetzen», sagt darum Antonio Loprieno, Präsident der Akademien der Wissenschaften, der ebenfalls am Hearing anwesend war.

Dass die Angst nicht unbegründet ist, zeigt ein Blick in die Vergangenheit. 2014 hatte die EU die Vollsoziierung der Schweiz an Horizon 2020 sistiert. Sie reagierte damit auf die Weigerung der Schweiz, die Personenfreizügigkeit auf Kroatien auszuweiten. Dies geschah, nachdem die Schweizer der Zuwanderungsinitiative zugestimmt hatten. In der Folge war die Schweiz vorübergehend von den EU-Fördertöpfen ausgeschlossen.

**Unis befürchten Desaster**

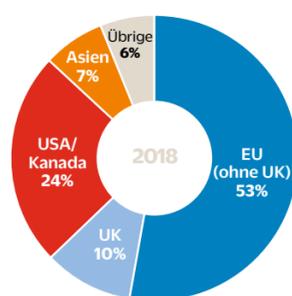
Dennoch erstaunt die enge politische Verknüpfung, die der Bundesrat nun hinter verschlossenen Türen zwischen Rahmenabkommen und Horizon Europe herstellt. Die offizielle Haltung des zuständigen Staatssekretariats von Guy Parmelin lautet nämlich: «Die Schweiz erwartet unabhängig von den Entscheiden betref-



Die britischen Unis sind weltweit an der Spitze: Frisch diplomierte Oxford-Studenten werfen ihre Doktorhüte in die Luft. (2017)

Europa im Zentrum

Internationale Kooperationen bei Nationalfondsprojekten



Quelle: Schweizerischer Nationalfonds

fend Rahmenabkommen weiterhin die Teilnahme an Horizon Europe und setzt sich dafür ein.» Und die EU-Delegation in der Schweiz sagt: «Die Schweiz wird die Gelegenheit haben, ein Assoziationsabkommen abzuschliessen, wie dies heute bei Horizon 2020 der Fall ist.»

Rein juristisch gesehen, haben Rahmenabkommen und Forschungszusammenarbeit zwar tatsächlich nichts miteinander zu tun. Dennoch sind sie politisch stark verknüpft: Vor dem Hintergrund des Brexit will die EU keine Konzessionen machen. Bisher behandelte sie die Schweiz in der Forschungszusammenarbeit wie die EWR-Staaten Norwegen und Island. Neu findet sie sich zusammen mit Grossbritannien in der Kategorie Drittländer wieder. Gewisse EU-Staaten sähen es denn auch lieber, wenn diese Länder ausgeschlossen würden und die Milliarden in der EU blieben.

Die Forschungswelt ist alarmiert: Kürzlich hat der Verband der führenden europäischen Universitäten verlauten lassen, dass die Forschungszusammenarbeit mit der Schweiz und Grossbritannien nicht durch politische Spiele behindert werden dürfe. «Das wäre ein Desaster», sagt Generalsekretär Kurt Deketelaere. «Vor allem, wenn man sieht, wie er-

folgreich diese beiden Länder bei Horizon 2020 sind.» Grossbritannien liegt mit Deutschland an der Spitze, die Schweiz an achter Stelle, was die EU-Forschungsgelder angeht. Umgekehrt finden gut die Hälfte aller Kooperationen, die vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert werden, mit EU-Partnern statt. Kommt dazu, dass in den internationalen Rankings die ETH und britische Universitäten weit vor jeder europäischen Universität platziert sind. Schweizer Forscher arbeiten auch zunehmend mit amerikanischen und asiatischen Partnern.

**Plan B der Briten**

Vor diesem Hintergrund mehren sich Stimmen, dass die Schweiz sich vermehrt auf eine Zusammenarbeit mit den Briten und Nicht-EU-Ländern konzentrieren solle. Tatsächlich gibt es auf der Insel Bestrebungen, eine Art weltweite Champions League der besten Universitäten aufzustellen, wie verschiedene Quellen bestätigen. So planen die Briten einen neuen Fonds, um weltweite Kooperationen zu fördern. Vorgehen sind sowohl bilaterale als auch multilaterale Vereinbarungen. «Wir haben gute Partnerschaften mit vielen Ländern innerhalb und ausserhalb der EU», teilt die Dachorganisation

der britischen Forschungsrate mit. «Wir sind bestrebt, diese weltweiten Partnerschaften zu stärken.» Auch mit der Schweiz sei dies geplant. Das britische Bildungsdepartement betont die guten Beziehungen mit den Schweizerischen Forschungsstätten. «Wir wünschen, dass diese enge Zusammenarbeit weiterbesteht.»

Beim Bund gibt es ebenfalls Bestrebungen in diese Richtung, wie Insider bestätigen. Dem Vernehmen nach plant Parmelin im Herbst einen Besuch bei den Briten. Sein Staatssekretariat bestätigt das nicht, teilt aber mit: «Wir werden grundsätzlich genau sondieren, wo wir unsere Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich intensivieren können.» Die Rede ist von einem bilateralen Forschungsrahmenprogramm. «Es ist kein Ersatz für eine Assoziierung an Horizon, wäre aber eine starke Ergänzung», heisst es weiter.

Ob sich die Schweiz an einem Plan B der Briten beteiligen würde, bleibt offen. Die Forscher stehen dem skeptisch gegenüber. So betont Egger vom Nationalfonds, dass die Schweiz ohne Beteiligung an Horizon für viele Forscher nicht mehr attraktiv wäre. «Aber natürlich müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir mit einem allfälligen Ausschluss umgehen würden.»

# Jihadisten-Schicksal spaltet die Politik

Was tun mit Schweizer Jihad-Reisenden? Darüber muss demnächst der Sicherheitsausschuss des Bundesrates entscheiden.

Camilla Alabor, Andrea Kučera

Seit Monaten sitzt die Schweizer Jihad-Reisende mit ihrer knapp zweijährigen Tochter im Norden Syriens fest. 2015 war die junge Frau aus Lausanne mit ihrem Partner nach Syrien aufgebrochen, um sich dem IS anzuschliessen. Die zwei gerieten in die Fänge der Kurden. Jetzt möchte die Frau nach Hause, wie sie vergangenen Sommer Schweizer Journalisten sagte, die sie vor Ort besuchen konnten.

Doch die Schweiz tut sich schwer mit einem Entscheid. Seit Monaten berät der Sicherheitsausschuss des Bundesrats, ob man die Schweizer Jihad-Reisenden zurückholen soll oder nicht.

Neben dem Lausanner Paar mit Kind sollen auch zwei Frauen aus der Region Biel in der Region festsetzen. Nächste Woche kommt der Ausschuss, bestehend aus Verteidigungsministerin Viola Amherd (CVP), Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) und Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP), erneut zusammen. Danach will das Trio dem Gesamtbundesrat einen Vorschlag machen, wie Amherd am Mittwoch vor den Medien bekanntgab.

Gemäss Recherchen dieser Zeitung liegen dem Ausschuss mehrere Optionen vor: Entweder man holt nur das Kind zurück oder das Kind und die Mutter, alle festgehaltenen Jihad-Reisenden oder niemanden. Erstere Option wurde letzten Sommer vertieft geprüft, bis anhin aber dem Vernehmen nach namentlich aus Sicherheitsgründen nicht realisiert. Entschiedete sich der Bundesrat für die Rücknahme, stellte sich nachgelagert die Frage, ob

dies im Alleingang oder im Verbund mit anderen Ländern erfolgen soll. Kompliziert wird die Sache dadurch, dass die Schweiz nicht direkt mit den Kurden verhandeln kann, weil das kurdische Hoheitsgebiet nicht offiziell anerkannt wird. Lehnte die Regie-

rung eine Rücknahme ab, stellte sich die Frage, ob die Schweiz für die Errichtung eines Sondertribunals vor Ort eintreten soll, oder ob man von offizieller Seite einfach nichts unternimmt.

Zumindest Justizministerin Keller-Sutter hat diese Woche



Am Bundesstrafgericht müssten sich die Jihadisten verantworten.

klargemacht, wie sie mit Schweizer Jihad-Reisenden umgehen will: Sie würde es bevorzugen, wenn diesen Personen vor Ort der Prozess gemacht würde, sagte sie am Dienstag dem Westschweizer Radio RTS: «Die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung hat für mich erste Priorität.» Zudem stellten sich bei einem Prozess hierzulande schwierige Fragen, besonders im Hinblick auf das Sammeln von Beweisen.

Sukkers erhält die Justizministerin aus dem rechtsbürgerlichen Lager - aber nicht nur. Auch die Justizministerin der Waadt, die Grüne Béatrice Métraux, spricht sich gegen eine Rückführung aus: Sie ziehe eine Verurteilung vor Ort vor, sofern ein fairer Prozess garantiert werden könne, schreibt Métraux. Bei der SVP und der FDP sieht man in den Rückkehrern primär ein Sicherheitsrisiko. Die Gefahr bestehe, dass diese Personen hierzulande weitere Terrorakte begingen, sagt SVP-Frak-

tionspräsident Thomas Aeschi. Beat Walti, Fraktionschef der FDP, bevorzugt ein Uno-Sondertribunal in der Region.

In der CVP sind die Meinungen gespalten, während sich die SP für eine Strafverfolgung in der Schweiz stark macht. Die Jihad-Reisenden müssten «repatriert, vor Gericht gestellt und inhaftiert werden», meint SP-Nationalrat Carlo Sommaruga. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass diese Personen versuchten, auf illegalem Weg heimzureisen. Manon Schick von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International spricht sich ebenfalls für eine Rückführung aus. Sie weist darauf hin, dass die Chancen für ein Uno-Sondergericht gering seien, da Russland einem entsprechenden Beschluss des Uno-Sicherheitsrats kaum zustimmen werde. «Denn es ist klar, dass ein solches Gericht auch die Verbrechen des Assad-Regimes verfolgen müsste», sagt Schick.